

# Universität Leeds kneift vor Islamisten – Küntzel ausgeladen

☒ Dass über Großbritannien als erstem europäischem Land islamische Fahnen wehen werden, ist vorhersehbar. Diesmal traf die Feigheit der Dhimmis den deutschen Politikwissenschaftler Matthias Küntzel, und deshalb erreichte der Fall auch unsere Medien. Selbst die eher links orientierte Zeit [reagierte](#) fassungslos und bediente sich einer Ausdrucksweise, die man normalerweise von Leuten wie Henryk Broder erwarten würde.

Was genau geschah, ist erschreckend und peinlich zugleich: Ein junger Moslem, Präsident der Islamischen Studenten-Organisation, beschwerte sich beim Vizekanzler der [Universität Leeds](#) über eine geplante Vortragsreihe von Küntzel mit dem Titel „Hitlers Vermächtnis: Islamischer Antisemitismus im Nahen Osten“ (dies sei ein „offener, rassistischen Angriff“ und die Absicht, „Hass zu säen“). Daraufhin zog die Universitätsleitung sofort wie ein geprügelter Hund den Schwanz ein und sagte die Veranstaltung ab.

*Angesichts des Verhaltens der Universität Leeds fällt es schwer, nicht sogleich an den einprägsamen, mancherorts als Panikmache gegeißelten Buchtitel von Hendrik Broder zu denken. Hurra, wir kapitulieren war schließlich nicht nur auf Deutschland gemünzt, sondern galt einer paneuropäischen, ja westlichen Neigung, die Augen vor der Gefahr des totalitären Islams zu verschließen. Leeds liefert gerade das jüngste, peinliche Beispiel bürokratisch verbrämter Feigheit vor den Feinden der Freiheit.*

*Am Mittwochabend sollte dort eigentlich der deutsche Politikwissenschaftler Matthias Küntzel mit einem Vortrag zum Thema „Islamischer Antisemitismus“ eine dreitägige*

Seminarreihe eröffnen. Es kam nicht dazu. Die Leitung der Universität sagte die Veranstaltungen kurzfristig ab, aus „Sicherheitsgründen“. Am Tag zuvor hatte der Vizekanzler die deutsche Abteilung der Hochschule aufgefordert, den Titel des Vortrags zu ändern; ursprünglich hatte der „Hitlers Legacy: Islamic Antisemitism in the Middle East“ gelautet, es wurde daraus „The Nazi Legacy: The Export of Antisemitism to the Middle East“.



Matthias Küntzel, früher Berater der Grünen, ist überrascht, wie schnell die Behörden nach dem Erhalt einiger E-Mails muslimischer Studenten einknickten. Er spricht von einem Akt der „Zensur“, die dem Prinzip akademischer Freiheit ins Gesicht schlage. Küntzel wäre weniger überrascht gewesen, würde er die Zustände an vielen akademischen Institutionen Großbritanniens genauer kennen.

Beschwichtigung gegenüber extremen Islamisten ist dort eher die Regel denn eine unerfreuliche Ausnahme. Beinahe zur Norm geworden ist es an britischen Universitäten, akademische Freiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung preiszugeben, sobald sich muslimischer Protest regt. Und der regt sich bekanntlich schnell und systematisch.


Überall versuchen islamische Studentengruppen, unliebsame Diskussionen abzuwürgen, Zensur zu verlangen und die Grenzen und Freiheit zu ihren Gunsten zu verschieben. Dabei bedienen sie sich gerne der bewährten Allzweckwaffe des Vorwurfes der „Islamophobie“ – in der leider nur allzu gerechtfertigten Erwartung, dass beim Aussprechen dieses Wortes akademische und politische Instanzen wie die Behörden sofort den Schwanz einziehen. Jede kritische Auseinandersetzung mit einem der weniger erfreulichen Aspekte des Islams wird so hintertrieben, wobei eine latente, unausgesprochene Drohung

*mit Gewalt Verwaltungen und Unileitungen schnell zurückzucken lässt.*

Deutliche Worte in der Zeit, eine überaus erfreuliche Entwicklung. So falsch lagen wir also bisher wohl gar nicht mit unseren Ansichten.

*Dieses Verhalten entspringt einer unheilvollen Kombination von Faktoren: Der Ideologie des Multikulturalismus, die dem moralischen Relativismus den Weg bereitete; der politischen Korrektheit, die im medialen und kulturellen Milieu nach wie vor dominiert und dazu führt, dass Realität ausgeblendet oder durch „newspeak“ ersetzt wird, wie George Orwell in seinem Roman 1984 vorausgeahnt hat.*

Hört, hört! So etwas zu sagen gilt gewöhnlich als islamophob und rassistisch.

- »  an den Vizekanzler der Uni Leeds, Michael Arthur, der die Absage zu verantworten hat
- » *Lizas Welt:* [Akademische Präventivkriecher](#)
- » *Die Jüdische:* [Islamismus, Faschismus und Nationalsozialismus](#)



**Na endlich: Udo Ulfkotte**

# plant eine anti-islamische Partei!



Worauf viele schon lange gewartet haben (und auch *PI* mit seinen täglichen Beiträgen hingearbeitet hat), scheint sich jetzt zu manifestieren: Der Publizist und Terrorismus-Experte Dr. Udo Ulfkotte hat endgültig genug, bei der schleichenden Islamisierung seiner Heimat tatenlos zuzusehen und hat deshalb beschlossen, nur wenige Monate nach der Gründung seines Vereins Pax Europa e.V. auch eine [„Partei gegen die Islamisierung Deutschlands“](#) zu gründen.

Darin enthalten sei ein klares Bekenntnis zur „christlich-jüdischen Tradition unseres Landes“, so Ulfkotte, da sich „immer weniger Christen von der CDU vertreten fühlen“. Bereits Ende Mai soll eine Mitgliederversammlung des Vereins „Pax Europa“ als Gründungsversammlung der Partei erfolgen. Geplant ist eine bundesweite Ausdehnung und eine Vernetzung mit anderen konservativ-bürgerlichen, islamkritischen Parteien in Europa.

Der *Spiegel* schreibt:

*Als Namen könne er [Ulfkotte] sich „Christlich-Ökologische Partei“ vorstellen, sagte der in Rheinland-Pfalz lebende Sachbuchautor. Ulfkotte, der mehrere Bücher zum Thema Terror und Islamismus vorgelegt hat, spricht von einer „kleinen Zahl“ von Bundestagsabgeordneten der CDU, die sofort in die neue Partei wechseln würden. In Kommunalparlamenten seien es deutlich mehr. Namen wollte er nicht nennen. Im Dezember erst*

*hatte Ulfkotte den Verein „Pax Europa“ gegründet, dem nach seinen Angaben schon jetzt mehrere hundert Mitglieder angehörten. Im Zuge der Arbeit sei deutlich geworden, dass man die Ziele des Vereins nur als Partei und in Parlamenten erreichen könne. Ulfkotte spricht von „Sonderrechten für Muslime“ und einer „Aufweichung der Gesetze zugunsten des Islams“. Dagegen werde sich die neue Partei stellen.*

*Als Beispiel nennt er die für Muslime zugelassene Polygamie in deutschen Sozialversicherungen: „Es kann nicht sein, dass in einem Staat, in dem die Polygamie verboten ist, Muslime mehrere Ehefrauen in der Krankenversicherung mitversichern können.“ Auch die „Aufweichung des Schächtungsverbots“ nennt der Parteigründer in spe konkret. Immer wieder würden für Muslime Sonderregeln geschaffen, um deren „religiöse Gefühle nicht zu verletzen“, die man anderen Gruppen nicht zugestehe. „Wer käme schon auf die Idee, dass das Schlachten von Rindern eine Beleidigung der Hindus in unserem Lande darstelle?“*

PI-Leser können sich mit einer [Email an Udo Ulfkotte](#) für die Gründungsversammlung Ende Mai anmelden. Selbstverständlich wird auch das PI-Autoren-Team dabei sein!

*(Spürnasen: Eurabier, Huerlaender, Alexander M., Kreuzritter, Thorben, Wolfgang W., Oleg G. und Karl-Heinz G.)*

---

## **Musik-Video: „Balkanaken“ drohen Wiener Einheimischen**

PI-Leser Daniel B. hat auf [YouTube](#) ein Musik-Video von jugendlichen „Kulturbereicherern“ in Wien entdeckt, das eindeutige Drohgebärden gegen Einheimische enthält.

---

# Darfur-Woche im Jüdischen Museum

☒ Im Jüdischen Museum in Berlin findet in Kooperation mit Human Rights Watch vom 15.-22. März eine Aktionswoche statt, die uns an die anhaltenden [schweren Menschenrechtsverletzungen in Darfur](#) erinnern soll. Weitgehend unbeachtet findet hier einer der brutalsten kriegerischen Konflikte der Gegenwart statt. Da aber in diesem Fall Moslems die Mörder (allerdings auch die Opfer) sind, ist das [Grauen von Darfur](#) für unsere Empörungsbeauftragten in Sachen Menschenrechte genauso wenig ein Thema wie für die Weltöffentlichkeit.

*Mehr als 200.000 Zivilisten sind seit Februar 2003 Opfer der Gewalt in Darfur geworden. Hinrichtungen, Mord, Vergewaltigungen und das Niederbrennen von Dörfern sind an der Tagesordnung. Über zwei Millionen Menschen leben in Flüchtlingslagern an der Grenze zum Tschad; mindestens vier Millionen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung Darfurs – sind von internationalen Hilfeleistungen abhängig.*

Die Aktionswoche »Darfur: Verbrechen gegen die Menschlichkeit« wurde gestern eröffnet.

*Es werden zwei Ausstellungen präsentiert, die die Verbrechen in Darfur dokumentieren: Die Fotoprojektion »Darfur: Vor den Augen der Welt«, die von der Organisation Darfur/Darfur kuratiert wurde und auf der Museumsfassade gezeigt wird, war im November 2006 bereits im Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. zu sehen.*

*Ergänzt wird sie um eine Ausstellung mit Fotografien des Magnum-Fotografen Paolo Pellegrin und mit Zeichnungen von*

Kindern und Jugendlichen aus den Flüchtlingslagern, gesammelt von Mitarbeitern von Human Rights Watch. Die Zeichnungen sind unmittelbare und anrührende Zeugnisse dafür, welchen brutalen Erlebnissen die Menschen in Darfur ausgesetzt sind. Sie werden Ausgangspunkt für ein pädagogisches Begleitprogramm für Schulgruppen sein. In einer international besetzten Konferenz werden am 16. März die Hintergründe des Konflikts sowie die Verantwortung der Völkergemeinschaft für Darfur thematisiert. Am 17. März 2007, dem »Tag für Darfur«, wenn weltweit auf die Verbrechen in Darfur hingewiesen wird, stellen im Jüdischen Museum Berlin mehrere Nichtregierungsorganisationen sich und ihre Aktivitäten im Sudan vor.

Mitarbeiter, die vor Ort tätig waren, berichten von ihren Erfahrungen. Zudem finden während der Aktionswoche bis zum 22. März weitere Vorträge und Präsentationen statt.

René Zucker schreibt über unsere [„barbarische Ignoranzkultur“](#):

Seit vier Jahren werden im sudanesischen Darfur Schwarzafrikaner von arabischen Milizen der arabisch dominierten Regierung vergewaltigt, vertrieben, ermordet. Inzwischen sind 200.000 Menschen tot. Ein Genozid an Schwarzen, dem die ganze Welt zuguckt.

„Wir kümmern uns nicht um Menschenrechte in Afrika, weil in Afrika kein Geld zu verdienen ist“, sagte bei TTT der Historiker Gerard Prunier, der schon eine Studie über den Genozid in Ruanda verfasste. Dort wurden unter den Augen der Weltgemeinschaft 800.000 Menschen abgeschlachtet, in Kongo waren es 500.000. Die Tatsache, dass Darfur in TTT Thema war, beweist Pruniers These des öffentlichen Desinteresses. Auch des deutschen Desinteresses.

Eingebettet in eine Kultur-Magazinsendung, die kaum ein Mensch sieht, zwischen Beiträgen über einen neuen Krimi von Julian Barnes und einen deutschen Berlinalebeitrag wurde auf

Gerard Pruniers Buch mit dem Titel Darfur und Fotos hingewiesen, die der Fotograf Kadir van Lohuisen dort gemacht hat.

Es ist zwar ungeheuerlich aber vermutlich folgerichtig, dass Kultursendungen, die meistens unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, auf das Barbarische unserer Ignoranz-Kultur hinweisen. In zwei oder drei Jahren um die gleiche Zeit werden dann viele Kultursendungen über viele interessante Berlinale-Filme über den Genozid in Darfur berichten. Das ist unsere Kultur.

Und wir werden alle erschrocken „Nie wieder“ rufen!

(Spürnase: Urs Schmidlin)

» [Menschenrechte im Islam – Moslems, Opfer des Islam](#)

---

## **Doppelmord Mönchengladbach: „Kollektive Unverantwortlichkeit“**



Vor einer Woche geschah in Mönchengladbach ein furchtbarer Doppelmord, auf den uns viele unserer Spürnasen hingewiesen haben. Der türkischstämmige Erol P. , von einigen Medien aus Gründen der Political Correctness und weil er die



niederländische Staatsbürgerschaft besitzt, auch als Holländer gehandelt, erschoss unmittelbar nach dem Scheidungstermin seine Frau Rukiye und seine Tochter Derya (Foto). Auf seine anderen beiden Kinder feuerte er auch, traf sie aber zum Glück nicht.

Nun wird dem Familienrichter vorgeworfen, die kulturellen Hintergründe bei einer türkischen Scheidung nicht genügend beachtet zu haben. Die Tatsache, dass der Mörder überhaupt frei rumlaufen konnte, und die Umstände, unter denen er dies tun konnte, sind an sich schon ungeheuerlich – ob Türke oder nicht.

*Fakt ist: Zwei Menschen sind tot. Rukiye und Derya P. (Foto), erschossen am letzten Freitag vom eigenen Ehemann und Vater, zwei Stunden nach einem Termin beim Familienrichter vor dem Amtsgericht in Mönchengladbach. Auch auf seine beiden anderen Kinder soll Erol P. gefeuert haben, ohne sie zu treffen. Fakt ist auch: Seine Frau und seine älteste Tochter hätten nicht sterben müssen. Ihr Mörder hätte zur Tatzeit längst hinter Gittern sitzen können.*

*Denn der 38-jährige Niederländer Erol P. wurde per Haftbefehl gesucht. Wegen mehrfacher Vergewaltigung seiner Frau und seiner Schwägerin, wie aus Polizeikreisen verlautet. Grund genug für jeden Polizeibeamten, sofort die Handschellen klicken zu lassen, wenn ihm Erol P. über den Weg liefe. Am letzten Freitag war der Gesuchte sogar in einem Gerichtsgebäude, konnte es aber ungehindert wieder verlassen – und morden.*

*Kurz vor dem Gerichtstermin hatte die Rechtsanwältin des Opfers dem Familienrichter einen Vierzeiler der Staatsanwaltschaft präsentiert: Gegen Erol P. liefe ein Haftbefehl, das Ermittlungsverfahren gegen ihn sei nach § 205 Strafprozessordnung vorläufig eingestellt, bis man seiner habhaft geworden sei. Der Familienrichter informierte die Staatsanwaltschaft im Beisein der Anwältin, nicht aber die*

*Polizei. Das bestätigte gestern Richter Joachim Banke, Pressesprecher des Landgerichts Mönchengladbach.*

*Die Staatsanwaltschaft informierte die Polizei anscheinend genausowenig wie der Richter. Anwältin Gülsen Celebi: „Nach dem Telefonat bin ich davon ausgegangen, dass die Polizei ihn vor dem Amtsgericht verhaftet.“ Allerdings habe sie zuvor nicht geglaubt, dass Erol P. überhaupt zum Termin erscheinen würde. Von der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach hatte sie schriftlich die Auskunft erhalten, der Gesuchte hielte sich in den Niederlanden auf.*

*Warum rief der Familienrichter nicht die Polizei oder die Justizwachtmeister im Gerichtsgebäude? Warum informierte die Staatsanwaltschaft nicht die Polizei? Fast scheint es, als habe sich niemand zuständig gefühlt. Dazu Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes NRW: „Der Vorgang muss sorgfältig untersucht werden.*

So ist das in deutschen Landen. Keiner will zuständig sein, keiner will Verantwortung übernehmen und keiner will eine Entscheidung treffen. Den Familienrichter treffen aber noch ganz andere Vorwürfe:

*Wilfried Albishausen, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), prangert das Verhalten der Beteiligten als „kollektive Unverantwortlichkeit“ an: „Ein Familienrichter muss um die kulturellen Hintergründe bei einer türkischen Scheidung wissen.“*

Wir von *PI* wie sicher auch die meisten unserer Leser teilen natürlich diese Ansicht, politisch korrekt ist sie aber nicht. Schließlich hämmert man uns tagaus tagein von allen Seiten ein, dass Ehrenmorde und Zwangsheiraten in allen Kulturen vorkämen und man nicht unzulässig ganze Bevölkerungsgruppen stigmatisieren und unter Generalverdacht stellen dürfe. Und nun wirft man dem Richter vor, dass er diese Vorgaben

beherzigt hat – schon seltsam.

(Spürnase: Jan D.)

---



## Warum wollen Sie eine Moschee in München?

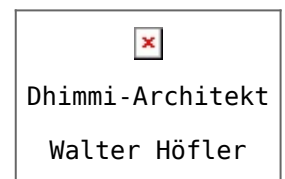
☒ Im Herzen von München-Sendling am Gotzinger Platz, der von wunderschönen, denkmalgeschützten neubarocken Gebäudefassaden eingerahmt wird, gibt es eine 7500 Quadratmeter große Baulücke. Nicht mehr lange, wenn es [nach dem Willen von OB Christian Ude](#) (Foto bei der Präsentation der Moschee) und der Münchner Stadtregierung geht. Die erste zentrumsnahe Moschee mit Kuppel und zwei hohen Minaretten soll hier gebaut werden. Nachdem der türkisch-islamische Moscheeverein [Ditib](#) im Frühjahr 2004 den Antrag auf ein Grundstück gestellt hatte, bot die Stadt München ohne großes Lamentieren jene Baulücke auf dem Gotzinger Platz an.

Der Verein (der zur „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ [Ditib](#) in Köln gehört, der direkt dem türkischen Religionsministerium bzw. der türkischen Religionsbehörde Diyanet

untersteht) nahm an und erhielt von der Stadt den Bauvorbescheid. Am 26. Juni 2006 wurde der Bauantrag für das auf rund 12 Mio. EUR veranschlagte Vorhaben eingereicht (man

sollte an dieser Stelle vielleicht erwähnen, dass Ditim derzeit aus gerade einmal 45 zahlenden Mitgliedern/Familien besteht...).

Die Moschee soll eine Geschossfläche 5.500 qm haben, mehrere Stockwerke hoch werden und zwei 41 Meter hohe Minarette bekommen, vorgesehen sind Glasfassaden im Erdgeschoss und im 1. Stock sowie eine mit regelmäßigen Ornamenten versehene Fassade vom zweiten bis zum fünften Stockwerk, gekrönt von einer Kuppel – und das alles vis-a-vis zum Kirchenportal der Katholischen Pfarrkirche St. Korbinian. Wenn schon bei Tag diese Gesamtanlage ein starkes Signal an die Sendlinger Bevölkerung geben soll: „Seht her, wir sind jetzt hier am Platz!“, so wird diese Botschaft durch die geplante nächtliche Illumination noch verstärkt. Neben einem Verwaltungsgebäude und einem Bildungszentrum soll auf dem Grundstück auch noch ein sechsstöckiger Wohnbau mit 22 Wohnungen entstehen.



Der Architekt Walter Höfler sagt, er habe neben einer „Gebetsfläche“ ein Restaurant, ein türkisches Bad, Wohnungen, Vereinslokal und Bibliothek eingeplant. Türkische Vorschulkinder sollen Deutschunterricht, die Schulkinder Nachhilfe erhalten. Die „Bürger für Sendling“ sprechen von „Koranschule und Islam-Zentrum“...

Die Bürger wehren sich: Die Sendlingerin Helga Schandl gründete die Bürgerinitiative [„Bürger für Sendling“](#), die sich mit Unterschriftenaktionen, Bürgerversammlungen und einer Petition an den Bayerischen Landtag gegen den artfremden Moscheebau wehrt.

Die Anwohner rund um den Gotzinger Platz äußern Angst vor dem Fremden, argumentieren mit Neobarock und Denkmalschutz, plädieren für die Erhaltung eines historischen Platzes, sie warnen vor der Bildung von Parallelgesellschaften und der

damit verbundenen Spaltung der Gemeinde und fürchten sich vor „Moscheetourismus“ und der damit verbundenen Verkehrszunahme. Und an genau diesem Punkt, dem Besucherandrang und dem damit verbundenen zusätzlichen Verkehrsaufkommen, scheint der Moscheebau nun zu scheitern.

Zwar hatte die Stadt das Projekt bereits im vereinfachten Verfahren genehmigt, aber die bayerische Landesregierung widerrief den städtischen Vorbescheid. Dagegen klagte der Moscheeverein wiederum und unterlag vor kurzem vor dem Verwaltungsgericht München. Das Gericht führte in seiner mündlichen Kurzbegründung aus, dass

*das geplante Türkisch-Islamische Kulturzentrum eine zentrale kirchliche und kulturelle Einrichtung darstellen würde, die sich nicht in das vorzufindende Mischgebiet am Gotzinger Platz einfüge. Dabei seien die Dimensionen des Baus und die beabsichtigten vielfältigen außerkirchlichen Nutzungsmöglichkeiten sowie der zu befürchtende An- und Abfahrtsverkehr erheblich. Die zentrale Bedeutung werde noch dadurch gesteigert, dass sich in München und Umgebung keine annähernd vergleichbaren Einrichtungen fänden. Es spreche vielmehr einiges für das Erfordernis eines Bebauungsplans.*



Soll soll die  
Ditim-Moschee  
am Gotzinger  
Platz nach  
dem Willen  
von OB Ude  
später einmal  
aussehen

Um zu dieser Entscheidung zu gelangen, hatte das Gericht zuerst einen Ortstermin anberaumt, um dann am selben Nachmittag weiterzuverhandeln. Vor ca. 130 Zuhörern wurde zwischen den Kontrahenten vehement debattiert: hier die Kläger

Ditim mit ihren Unterstützern von der rot-rosa-grünen Stadtregierung (OB Ude, SPD), dort der Freistaat Bayern (CSU) mit seinem Landesanwalt sowie Vertretern von betroffenen Anwohnern. In der Verhandlung wurden zur Verblüffung der meisten Zuhörer teils massive Wissensdefizite der Stadt München deutlich, ebenfalls höchst differierende Aussagen über die vorgesehene Nutzung. Die Vertreter der Sendlinger Bürgerinitiative, die sich unter den Zuhörern befanden, mussten verblüfft feststellen, dass auch die unrichtigsten Aussagen mit dem Brustton voller Überzeugung vorgetragen wurden. Die geschmeidigen Prozessaussagen des Ditim-Anwalts (der nebenbei kurz die katholischen Kirchenbesucher in St. Korbinian als „die üblichen Verdächtigen“ bezeichnete) sowie widersprüchliche Aussagen anderer Prozess-Beteiligter wurden geduldig und letztlich für alle erschöpfend von der Vorsitzenden Richterin abgearbeitet.

Noch am selben Tag ließ Oberbürgermeister Ude (der in Sendling gelegentlich schon „Mustafa Ude“ genannt wird) verlauten, dass das Urteil zwar „eine bedauerliche Verzögerung eines bedeutsamen Integrationsprozesses“ sei, aber keinesfalls ein Ende des Projektes bedeute.

Beckstein würde eine Moschee am selben Platz befürworten, wenn sie kleiner gebaut würde, oder in gleicher Größe an einem anderen Platz. Moscheen seien aber notwendig, zulässig „und nicht nur in Hinterhöfen willkommen“.

Apropos Hinterhof: Derzeit beten die Vereinsmitglieder von Ditim in einem ehemaligen Möbelhaus, das nur 500 Meter vom Gotzinger Platz entfernt liegt. Der Vereinsvorsitzende Yildiz bezeichnet das Gebäude als „Hinterhofmoschee“. Helga Schandl von der Bürgerinitiative hält dagegen, dass der Verein den Eingang doch einfach zur Straße hin bauen könnte. Im übrigen hatte der Verein im Jahre 2004 beantragt, dieses Gebäude zu renovieren, aufzustocken und architektonisch mit einer Kuppel aufzuwerten. Der Gebetsraum hätte sich dadurch um ca. 20 Prozent vergrößert. Aber auch schon gegen diesen Plan

protestierte die Nachbarschaft heftig.

Unterstützung und Verständnis bekommt der Moscheeverein groteskerweise von Mitgliedern der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden in Sendling. Sie betreiben zusammen mit Ditim-Vertretern eine Website mit dem Titel „[Begegnung am Gotzinger Platz](#)“. Ziel der Website ist es offensichtlich, dem Widerstand gegen die Moschee entgegenzutreten, denn sie nehmen anscheinend an, dass der Protest vor allem aus Unwissenheit und Vorbehalten gegen Türken und Muslime im Allgemeinen entstanden ist.

Man könnte jetzt an dieser Stelle natürlich ein paar der Antworten auf die „Häufig gestellten Fragen“ und die Argumentation zerpfücken und widerlegen, aber der geneigte Leser kann und sollte sich selbst seine Meinung bilden: und zwar [hier](#) und [hier](#).

Statistisches: Muslime machen mit angeblich 6 % Gläubigen die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in München aus, nach 43 % Katholiken und 14 % Protestanten. Laut den Angaben auf der Webseite [Gotzingerplatz.de](#) gibt es um die vierzig Moscheen in München, die meisten davon unauffällig in größeren Gebäuden oder Hinterhöfen untergebracht. Die Gemeinden werden von unterschiedlichen Religionsvereinen gebildet: türkische, arabische, albanische, persische, bosnische, afghanische, ...

» [ob@ems.muenchen.de](mailto:ob@ems.muenchen.de)

---

**FAZ:      Niemand      will      mehr**

# politisch korrekt sein

✘ Die FAZ macht sich in ihrer [Feuilleton-Glosse](#) Sorgen um den Niedergang der political correctness in Deutschland. „Niemand will mehr politisch korrekt sein“, schreibt Redakteur [Lorenz Jäger](#). Dabei wirft er denen, die sich als politisch inkorrekt bezeichnen, vor, selbst mit den Methoden der pc zu arbeiten. Denn sie verbreiten die im Sinne des Erhalts der Meinungsfreiheit durchaus erwünschten Tabubrüche eben nicht als eine Meinung, sondern – bei gleichzeitiger Verteufelung oder Lächerlichmachung derer, die sich ihren Ansichten nicht anschließen – als Tatsache.

Diesen Vorwurf macht er auch *PI*:

*Niemand will mehr politisch korrekt sein. Vielleicht gerade noch die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche; außerhalb dieses überschaubaren Kreises gibt sich, wer Korrektheit der Wortwahl fordert, sofort der Lächerlichkeit preis. Aber der Druck der sprachlichen Gehorsamserzwingung ist darum nicht geringer geworden. Wie sich in der langsamen biologischen Evolution manchmal Täuschungsmanöver bewähren – Tarnung erhöht die Überlebenschancen -, so ist es in der schnelleren Wandlung der Gesellschaft und ihrer Begriffe. Was vor drei, vier Jahren „politisch korrekt“ hieß, heißt heute, in einer sinnreich-attraktiven Camouflage, „politisch inkorrekt“. Komödianten wie Borat haben die Unkorrektheit als Stilmittel entdeckt, und in den Vereinigten Staaten hat Borat Dutzende von Nachahmern gefunden. Tatsächlich: Über Kasachen darf man nun lachen, vielleicht auch über ein kurzes Filmchen mit Arabern im Flugzeug, die in Kehllauten radebrechen.*



FAZ-Autor Lorenz  
Jäger

*Die neuen Inkorrekten setzen in Wahrheit die politische*



Korrektheit voraus. Der deutschsprachige Weblog „Politically Incorrect“, nach eigenen Angaben proamerikanisch und -israelisch, warnt vor dem „Islamofaschismus“ und greift die Medien an, weil sie angeblich vor dieser Gefahr die Augen verschließen. Ein soeben erschienenes Buch mit dem Titel „Schöner Denken: Wie man politisch unkorrekt ist“ verfolgt in Stichworten von A bis Z die gleiche Tendenz. Die Deutschen – gern nennt man sie in dem Buch auch „Germanen“ – sind grün-pazifistische Träumer, „germanische Hobbits“, die komischerweise nicht verstehen, warum zum Wohl des Ganzen nun einmal Lohnkürzungen nötig sind, und dafür bös-korrekte Worte wie „Sozialdumping“ erfinden. Ansonsten ist Amerika das große Vorbild für alles Gute in der Welt, Kritik an den „Neocons“ gilt als Ausweis deutscher Rückständigkeit, als Meinung von Leuten also, die sich in ihren Fachwerkhäuschen verschanzen wie der deutschnationale Opa im Kleingarten. Der Pazifismus ist, nach diesem Buch, erstens lächerlich und zweitens von Übel, weil er weitere Kriegseinsätze an der Seite der Vereinigten Staaten verhindert. So geht es, von „Antizionismus“ bis „Zukunftsfähig“, eins ums andere Mal gegen die Rest-Linke. Ein Begriff fehlt in der Sammlung: „Israel-Lobby“. Aber der wäre politisch zu unkorrekt.

»  an Lorenz Jäger

» Friedrich Naumann Stiftung: [Ist Meinungsfreiheit möglich?](#)

---

## Kinder palästinensischer Suizidbomber

Dieses Video zeigt die zwei Kinder der Selbstmordattentäterin Rim Al-Riyashi im Kindergartenalter, stolz auf ihre Mutter,

die fünf Juden getötet hat und begierig, es ihr gleichzutun.

*(Spürnase: Ludwig v. B.)*